

## Statement Versammlung „Solidarität statt Spaltung“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die hiesigen Kirchengemeinden unterstützen nachdrücklich das Anliegen, die Solidarität in unserer Gesellschaft zu stärken und Spaltungen entgegenzuwirken! **Solidarität statt Spaltung** ist das Anliegen unserer Versammlung heute. Wenn wir um Solidarität untereinander werben und zur Solidarität untereinander aufrufen, dann müssen wir uns auch fragen, was denn eigentlich zur Solidarität untereinander **hilft** – und was zur Solidarität untereinander **nicht** hilft.

Zur Solidarität hilft, wenn wir bestimmte **Grundhaltung** teilen und für unverzichtbar erachten, die **möglichst für alle** ein gutes und geschütztes Leben ermöglichen.

Denn **nicht** die verschiedenen **Meinungen** sind letztlich das Ausschlaggebende für eine Solidargemeinschaft. Eine Meinung zu haben bedeutet nicht automatisch, die Wahrheit zu haben. Meinungen müssen sich auch ändern und anpassen können. Man kann durchaus zugeben, dass es in der Pandemiebekämpfung auch bei den politisch Verantwortlichen verschiedene und wechselnde Meinungen gab und das auch zu manchmal überzogenen oder zu spät getroffenen Maßnahmen geführt hat. Viele entscheidender als **Meinungen** sind für unser Gemeinwesen die **Grundhaltungen**, aus denen heraus nach geeigneten Maßnahmen gesucht wird.

Im Spätherbst letztes Jahr ist meine Tante akut mit einem Aneurysma in ihr wohnortnahes Krankenhaus in Albstadt-Ebingen eingeliefert worden. Sie konnte dort wegen mangelnder Kapazitäten nicht aufgenommen werden und wurde nach Tübingen gebracht. Aber auch dort war akut die Intensivstation voll. Sie ist dann nach Freiburg geflogen worden – und dort ist sie gestorben.

Das war für mich eine schlaglichtartige Erfahrung, die deutlich macht, dass das Ziel, die Krankenhäuser und besonders die Intensivstationen möglichst für alle arbeitsfähig zu erhalten, völlig berechtigt war und ist. Und dass dazu eben auch die **Verantwortung** gehört, sich zum Schutz seines Nächsten zu schützen, indem man z.B. Maske trägt und sich impfen lässt.

Möchten wir in einer Gesellschaft leben, in der der Schutz der besonders Verletzlichen, der Schwächeren, der Kranken und gesundheitlich Eingeschränkten als prinzipieller Maßstab des Handelns gelten soll? Ja, ich jedenfalls möchte das!

Möchten wir in einer Gesellschaft leben, in der möglichst Triage-Entscheidungen in Krankenhäusern vermieden werden? Möchten wir grundsätzlich, dass möglichst die versorgenden Einrichtungen wie Krankenhäuser, Rettungsdienste, Grundversorgungs-Dienste – dazu gehören meines Erachtens auch die Schulen - in ihrer Arbeitsfähigkeit erhalten und geschützt werden - **zugunsten aller**? Ich jedenfalls will gerne in so einer Gesellschaft leben, - und der Schutz derer, die sich selbst weniger schützen können, ist ja das Erbe des christlichen Gebots der Nächstenliebe, das zu vergessen wir uns besser nicht leisten sollten!

Im Großen und Ganzen ist bisher bei uns ein vergleichsweise glimpfliches Hindurchkommen durch die Pandemie gelungen – und zwar, weil man diese Orientierung am Schutz der Schwächeren zugunsten aller zu wahren versucht hat - bei aller Kritik, die an Einzelmaßnahmen sicher auch möglich und nötig ist. Und Menschenleben sind gerettet worden aufgrund der Solidarität der großen Mehrheit der BürgerInnen in unserem Land, die solidarisch die Maßnahmen mitgetragen haben - und in Kauf genommen haben, sich da teilweise auch in ihrer persönlichen Freiheit **einschränken** zu lassen.

Hier scheint mir der wirklich **kritische** Punkt für ein solidarisches Miteinander zu liegen: Nämlich im Verständnis von **Freiheit**. Freiheit ist ein Grundrecht. Aber Freiheit ist kein privater Konsumartikel. Freiheit ist **kein Besitz**, sondern eine **gemeinsame Errungenschaft**, die immer wieder neu errungen, bewährt und ausbalanciert werden muss. Freiheit gibt es nicht ohne Verantwortung für die Gemeinschaft.

Freiheit ist nicht einfach, dass ich machen kann, was **ich** will, sondern Freiheit ist dort gewährleistet, **wo für alle** die Möglichkeit gegeben ist, gut zu leben. Ich kann nicht Teil einer freiheitlichen Gesellschaft sein und all ihre Möglichkeiten nutzen wollen – soziale Versorgung, Krankenhaus, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit – und dann aber nicht Teil der gemeinsamen **Verantwortung** füreinander sein wollen. Und deshalb erfordert die Wahrung der **Freiheit für alle** gegebenenfalls auch zeitweisen Verzicht auf persönliche Freiheiten.

Was hilft zur Solidarität? Nicht zuletzt, dass wir in aller Auseinandersetzung **Person** und **Sache** auseinanderhalten – also durchaus unterschiedliche Meinungen haben können, ohne den anderen **an sich** zu missachten oder gar zu bedrohen. Hass hat null mit Freiheit zu tun! Es **hilft** jedenfalls **nicht** zur Solidarität, wenn wir uns gegenseitig nicht – trotz allem – als **Personen** würdigen. Seien wir also bereit für das **Gespräch** miteinander und bereit zur **Geduld** miteinander. Werden wir also **nicht müde**, miteinander für eine verantwortungsvolle Freiheit und für Nächstenliebe zu **werben**! Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Jochen Maier